Vom „Judenkapital“ zur „jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem“
Zur Entwicklung des „Antizionismus“ in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Weimarer Republik, 1925-1933*

„Antizionismus“ in der politischen Linken wird bislang vor allem als ein Nach-1945-Phänomen verstanden und besonders auf die Zeit nach 1967 verortet. Bis dahin, bis zum Sechs-Tage-Krieg – so das verbreitete Bild –, sei die Linke in Deutschland von der Aufbauarbeit des Staates Israels und der Kibbuzbewegung fasziniert gewesen und habe sich eher pro-israelisch positioniert. Nach 1967 aber sei sie radikal umgeschwenkt und habe eine antiimperialistische und pro-palästinensische Haltung eingenommen. Seitdem lehne die Radikale Linke den Staat Israel grundsätzlich ab; und dieser „Antizionismus“ habe dann zu einer Übernahme alter antisemitischer Stereotype geführt (Améry 1969; Andresen 2003; ISF 1990, 2002; Jankélévitch 2003; Kloke 1990: 65-81; Kraushaar 2005; Mertens 1995; Poliakov 1992 [1969]; Rabinovici/Speck/Sznaider 2004; Reiter 2001: 161-180; Scheit 2004: 486-489; Späti 1995; Strobl 1994; Vogt 1976; Volkov 2000; Weiß 2005). Hinter diesem Bild steckt folgende Deutung des Antisemitismus in der Linken: Zwar hätten schon immer, wegen der offiziellen Ablehnung, antisemitische Äußerungen und Handlungen innerhalb der Linken verpönt gewesen sein müssen. Aber erst der Bruch in der Geschichte, den die Shoah darstellt, dieses „Verbrechen ohne Namen“ (Jankélévitch), habe dafür gesorgt, dass dieses Verbot *unbedingt* eingehalten werden musste. Antisemitische Ressentiments mussten sich also andere Kanäle schaffen, und so trat der Hass auf den „Zionismus“ und die „Zionisten“, wie Gerhard Scheit in *Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt* schreibt, als „perfekte[r] Ersatz“ „buchstäblich an die Stelle“ (Scheit 2004: 486 f.). Die *Initiative Sozialistisches Forum*, eine der schärfsten Polemikerinnen gegen den Antisemitismus in der Linken, schreibt in einem Flugblatt von 1988, dass der Antizionismus vor 1945 „erst einmal nicht des Antisemitismus zu verdächtigen wäre – erst das Fortwesen seiner Inhalte nach 1945 erfüllt, gerade in der deutschen Linken, diesen Tatbestand“ (ISF 1990: 134)

„Antizionismus“ erscheint demnach als eine Form des „sekundären Antisemitismus“ (Adorno 1964; Rensmann 1998: 231-364), als eine Form der „Schuldabwehr“. Ingrid Strobl führt unter dem bezeichnenden Titel *Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken* über die Motive für den „Antizionismus“ der Linken nach 1967 aus:

> Wie unbewußt auch immer, durch die israelische Politik gegen die Palästinenser fühlten sich viele deutsche Linke befreit von jeder Verantwortung, die sie sich als Nachkommen womöglich stellen müßten. Da

* Der Text setzt einen anderen Vortrag mit dem Titel *Vom „Judas“ zum „Judenkapital“. Zur Entwicklung antisemitischer Denkformen in der KommunistischenPartei der Weimarer Republik 1918-1933* fort, in dem die verschiedenen Zusammenhänge von antisemitischen Bildern und Denkweisen und einem „fetischisierten Antikapitalismus“ untersucht werden (Kistenmacher 2006).

> jedoch die Ungeheuerlichkeit der Shoah selbst für diejenigen, die sich nie näher mit ihr konfrontiert haben, so ohne weiteres nicht zu ignorieren ist, mußte sie auf Teufel komm raus relativiert werden. (Strobl 1994: 110)

Unbestreitbar ist, dass die Shoah den Antisemitismus nach 1945 elementar verändert hat. Das soll im Folgenden nicht bestritten werden. Aber anhand von Überschriften und Artikeln aus der Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, der *Roten Fahne*, lässt sich zeigen, dass sich die KPD bereits in den 1920er-Jahren in einer Weise „antizionistisch" positionierte, die inhaltlich den „Antizionismus" der außerparlamentarischen Linken der 1970er-Jahre vorweggenommen hat. Bereits in der Weimarer Republik bezeichnete die KPD den Zionismus als „faschistisch" und setzte ihn mit dem Nationalsozialismus gleich. Der „Antizionismus" der KPD der Weimarer Republik entwickelte sich aber nicht über den Umweg der „Schuldabwehr", sondern ergab sich aus den in der KPD virulenten antisemitischen Stereotypen und dem Antiimperialismus und linken Befreiungsnationalismus.

Diese Art „Antizionismus" – die von der innerjüdischen Ablehnung eines eigenen Staates in Palästina zu unterscheiden ist und von der ich deswegen in Anführungszeichen schreibe – war also nicht nur eine Erscheinungsform des sekundären Antisemitismus, sondern auch des primären. Er ergab sich als Konsequenz aus der Übertragung antisemitischer Stereotype auf eine jüdische Nationalbewegung. Diese Übertragung hatten, wie Alex Gruber zeigt, ebenfalls die Nationalsozialisten in den Anfangsjahren der Weimarer Republik vorgenommen:

> Bereits 1922, also 26 Jahre vor der Gründung Israels, veröffentlichte Alfred Rosenberg seine Schrift *Der staatsfeindliche Zionismus*, in der er so gut wie alle Argumente vorwegnimmt, welche die FeindInnen Israels heute gegen den jüdischen Staat vorbringen und somit implizit die Schutzbehauptung Lügen straft, die Israelkritik, als welche der Antizionismus sich bemäntelt, sei eine Reaktion auf die politische Praxis dieses Staates. (Gruber 2004: 22-23)

Gruber zitiert aus Rosenbergs Veröffentlichung:

> „Alle arabischen Proteste, die gegen die gewaltsame Judaisierung Palästinas gerichtet waren, halfen nichts. Palästina, ein Land mit 500 000 Moslems, 65 000 Christen – und 63 000 Juden erhielt keine Selbstverwaltung, sondern wurde rücksichtslos den Wünschen der Zionisten ausgeliefert".
>
> „(Durch) abgezwungene wirtschaftliche und politische Vorrechte soll die kleine Minorität von vornherein herrschend gemacht werden und Juden aller Länder anlocken, das neue jüdische Zentrum zu besiedeln, nach alter Methode, die eigentlich, Jahrtausende hier lebenden Bewohner auf ‚legalem' Wege auszuwuchern, zu verdrängen und ein rein jüdisches (...) Sammelbecken für eine weit ausgreifende Orientpolitik zu schaffen. (...) Wenn jüdische Politiker vom zukünftigen Musterstaat Palästina sprechen, so weiss jeder Kenner, dass diese nie eintreten wird. Denn auf *keinem* Gebiet des Wissens, der Kunst, des Lebens ist der Jude *wirklich* schöpferisch gewesen. Sein ‚Staat' wird genau so lange dauern, als die Millionen des den Völkern der Welt abgewucherten Geldes ihm künstlich Lebenskraft einpumpen." (Alfred Rosenberg 1922, nach: Gruber 2004: 23)

Durch die völkisch-antisemitische Rede „der Jude" ist erkennbar, dass sich der „Antizionismus" eines Alfred Rosenberg aus seiner primär antisemitischen Weltanschauung ergab. Warum sollte das in der KPD der Weimarer Republik gar nicht der Fall gewesen sein? Eine Parallele zu einer

linken Position ist auf jeden Fall deutlich: Auch Rosenberg argumentierte „antiimperialistisch“, wenn er darauf verwies, dass „ein Land mit 500 000 Moslems, 65 000 Christen“ „rücksichtslos den Wünschen der Zionisten ausgeliefert“ worden sei.

Zum Begriff „Zionismus“ in der kommunistischen Linken vor und nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Begriff „Zionismus“ machte in der sozialistischen und kommunistischen Linken im 20. Jahrhundert eine bemerkenswerte Wandlung durch. Dies lässt sich an der Gegenüberstellung der Jahre bis 1918/19 und der Zeit nach 1945 zeigen.

Die sozialistische und kommunistische Linke der Zweiten Internationale, also bis 1919, vertrat in der Mehrheit eine antizionistische Position. Die meisten Sozialistinnen und Sozialisten, Kommunistinnen und Kommunisten lehnten den zionistischen Anspruch auf einen eigenen Nationalstaat der Jüdinnen und Juden im britischen Mandatsgebiet Palästina als „reaktionär“ und kleinbürgerlich ab. Diese Ablehnung war ihnen und der Mehrheitsgesellschaft gemeinsam. Nur die gegebene Begründung war eine andere: In einer „internationalistischen“ Perspektive einer zukünftigen sozialistischen bzw. kommunistischen Welt, in der nationale Staaten überwunden seien, wurde es als rückschrittlich angesehen, einer neuen Staatsgründung zuzustimmen (Traverso 1995: 28).[1]

Nach 1945 kam es in mehreren Staaten des real existierenden Sozialismus im Namen eines „Antizionismus“ zu großen Verfolgungswellen. In der Sowjetunion, der CSR und der DDR wurden Ende der 1940er- und Anfang der 1950er-Jahre Tausende von Menschen verhaftet, gefoltert und getötet, weil sie entweder als „Trotzkisten“, als „Nationalisten“ oder als „Zionisten“ galten. 1968 kam es in Polen zu einer Vertreibung fast aller Jüdinnen und Juden, also rund 20000 – ebenfalls mit einer „antizionistischen“ Begründung (vgl. Kosmala 2000). Für die frühe DDR hat Thomas Haury anhand der staatsoffiziellen Legitimation für die Verhaftung Paul Merkers und der anderen Mitglieder seines angeblichen „Verschwörerzentrums“ herausgearbeitet, dass der Begriff „Zionismus“ in dieser Zeit etwas ganz anderes bedeutete, als der 1948 erfolgten Staatsgründung Israel zuzustimmen:

> „Zionismus“ fungierte jetzt vielmehr als zentrale Metapher innerhalb des marxistisch-leninistischen Weltbildes und war verknüpft mit der Behauptung einer weltweiten Verschwörung anationaler Wallstreet-Kapitalisten, der Entgegensetzung ‚schaffende Völker’ versus ‚Finanzhyänen und Parasiten’ und einer Bedrohung durch die Zersetzungsarbeit getarnter innerer Feinde. (Haury 2002: 429)

[1] Das bekannteste Gegenbeispiel zu diesem antizionistischen Mainstream in der Weimarer Republik war Oskar Cohn. Cohn war Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokraten und der einzige Zionist innerhalb der kommunistischen und sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien. Im Laufe der 1920er-Jahre hat Cohn sich – vermutetlich auch wegen des zunehmenden Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft und der fehlenden Solidarität durch die eigene Partei (Heid 2003: 311) – aus der Parteiarbeit zurückgezogen und sich gänzlich der Jüdischen Gemeindearbeit bzw. auf internationaler Ebene der Organisation zionistischer Bewegungen gewidmet.

Das manichäische Weltbild, der Nationalismus und die „Entgegensetzung ‚schaffende Völker' versus ‚Finanzhyänen und Parasiten'" prägen die antiimperialistische Linke bis heute. Dieser „Antizionismus" kommt seit den 1970er-Jahren in der Positionierung vieler Linker vor allem zum Israel-Palästina-Konflikt zum Tragen (vgl. Andresen 2003; Friese 2003; Kühne/Woeldike 2003; Strobl 1994). Aber nicht nur dort: Auch in linken Verschwörungstheorien über die Hintergründe der Anschläge in den USA am 11. September 2001 taucht er auf (Rabinovici/Speck/Sznaider 2004).

Für die stalinistische Epoche ist deutlich, dass „Zionisten" mehr oder minder offen ihr Menschsein abgesprochen wurde. Während andere Menschen arbeiten, Volkswirtschaften aufbauen und insofern Gesellschaften bilden, sollten „Zionisten" das nicht können: Ihr vermeintliches Wesen sollte „parasitär", „zersetzend" und „antinational" sein. Anders ausgedrückt, die „zionistische" Identität der „Zionisten" bestand innerhalb des marxistisch-leninistischem „Antizionismus" in genau dem, was im modernen Antisemitismus „das Jüdische" von Jüdinnen und Juden ausmachen sollte, nämlich eine bestimmte Art „Internationalismus": dass sie „überall" wären, dass sie überall die Profite abzögen, dass sie sich, wie „Parasiten", an anderen Volkswirtschaften nährten.

> Dementsprechend wurzelt der ‚jüdische' Kosmopolitismus/Nationalismus nicht in der Geschichte, im Boden, in großen Taten, wie sich dies ‚eigentlich' für einen Nationalismus gehören würde. Vielmehr wurde er in der „Wall Street geprägt", also in der Börse gemacht (vgl. Meuschel 1992: 102, 112). Der spezifisch ‚jüdische" Nationalismus/Kosmopolitismus erwächst nicht aus einem werktätigen, produktiven ‚Volk', sondern entspringt der Zirkulation. (Holz 2001: 469)

Kurz gesagt, „‚Zionismus' bezeichnet hier das besondere ‚Wesen der jüdischen Nation': die weltweite Vertretung des Imperialismus" (Holz 2001: 464).[2]

Von der bis 1919 verbreiteten grundsätzlichen Ablehnung des zionistischen Anspruchs auf einen eigenen Nationalstaat bis zu den Verschwörungstheorien nach 1945, die mit dem Staat Israel nur noch wenig zu tun hatten, musste sich also ein Begriffswandel vollzogen haben, in dessen Namen die Verfolgungswellen und Schauprozesse in den sozialistischen Staaten legitimiert wurden. Dieser Bedeutungswandel muss sich entweder im Laufe der 1920er-Jahre vollzo-

[2] Klaus Holz' semantische Untersuchung des historischen Zusammenhangs von modernem Nationalismus und Antisemitismus macht auch deutlich, dass es eben nicht, wie er, Elfriede Müller und Enzo Traverso in der *Jungle World* behaupten, „leicht" sei, „zwischen Internationalismus und kritikloser Unterstützung des palästinensischen Befreiungsnationalismus zu unterscheiden und den Antisemitismus im Antizionismus zu erkennen und kenntlich zu machen". Holz/Müller/Traverso ignorieren in der *Jungle World* nicht nur die lange Geschichte des Konflikts, sondern vor allem die strukturelle Verbundenheit von arabischen bzw. palästinensischem Nationalismus mit modernen antisemitischen Stereotypen seit Beginn der zionistischen Besiedlung und behaupten: „Die israelische Besatzung ist der Ausdruck eines Staatsterrorismus, die palästinensische Gewalt ist eine Reaktion darauf. Dieser Grundsatz darf aber nicht dazu verleiten, alle anderen Einflüsse auf den palästinensischen Widerstand zu ignorieren." (Holz/Müller/Traverso 2002; vgl. Kiefer 2003; Rabinovici/Speck/Sznaider 2004).

gen haben oder – was noch erschreckender wäre – in den 1930er- und 1940er-Jahren – also zeitlich parallel mit der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtungspolitik.[3]

Die Entwicklung des Antiimperialismus und „Antizionismus“ in der Roten Fahne Mitte der 1920er-Jahre

Die erste Überschrift in der *Roten Fahne*, die das Wort „Zionismus“ enthielt, lautete:

> „Zionismus – Kettenhund des englischen Imperialismus. Zum Wiener Zionistenkongreß.“ (RF 168, 25. Juli 1925)[4]

Eine solche Ablehnung des Zionismus war etwas anderes als die Kritik, wie sie vor 1919 beispielsweise Karl Kautsky in *Rasse und Judentum* formuliert hatte (Kautsky 1914/15), oder die taktischen Einwände Wladimir Iljitsch Lenins gegen die „Bundisten“ (Haury 2002: 210-252). Auch Kautskys Argumentation war teilweise von rassifizierenden Denkmustern geprägt (Traverso 1995: 99), aber sie war moderater, abwägender als der Aufruf der *Roten Fahne*, den Zionismus nicht mehr nur abzulehnen, sondern zu verabscheuen und zu hassen. Dabei wurde in diesem Beitrag sogar ein Motiv erwähnt, weshalb Jüdinnen und Juden einen eigenen Staat wünschen konnten, das gerade für eine kommunistische Partei ein gültiger Grund hätte sein müssen. Aber dieses Motiv wurde als „Maske“ des „englischen Imperialismus“ abgetan:

> „Der Zionismus ist unter der Maske einer „wohltätigen“, die durch Pogrome usw. verfolgten armen Juden schützende, ihnen eine „Heimstätte“ verschaffende Bewegung, in Wirklichkeit ein Werkzeug des englischen Imperialismus. […]
> Unter der Parole „Ruhe und Ordnung“ am Suezkanal hat England eine wütende Terror- und Verfolgungskampagne in Palästina eingeleitet. Dabei hat es sich zur Ausführung dieser verworfenen Henkersarbeit seiner zuverlässigen und ergebenen Lakaien, der zionistischen Kolonisatorenbourgeoisie, bedient.“ (RF 168, 25. Juli 1925)

Dieser Hass auf den Zionismus war nicht selbstverständlich, denn es gab aus kommunistischer Sicht durchaus Argumente für den Zionismus. Zwar hätten Kommunistinnen und Kommunisten grundsätzlich Nationalbewegungen ablehnen können, weil sie, wie Rosa Luxemburg, jede natio-

---

[3] Die politischen Positionen von Kommunistinnen und Kommunisten zum Antisemitismus und zum Zionismus während der Zeit des Nationalsozialismus sind bislang kaum erforscht. Birgit Schmidt hat die Romane kommunistischer Exilschriftstellerinnen und -schriftsteller im Hinblick auf die „Volksfrontideologie“ analysiert und zitiert den im sowjetischen Exil verfassten Roman *Emigranten* von Fritz Erpenbeck: „Und er fragte: ‚Demnach ist ihr Mann Faschist? Sie sagten vorhin…?‘ ‚Ja.‘ ‚Das muß nicht sehr angenehm sein, kann ich mir denken.‘ Er blickte sie wieder von der Seite her an und meinte tastend: ‚Wenn ich nicht irre, sind Sie überdies Jüdin.‘ ‚Ja.‘ ‚Ach…‘ ‚Er auch. Er ist Jabotinski Zionist.‘“ (Schmidt 2001: 60)

[4] Zuvor erschien kein Beitrag über den Zionismus, aber in einzelnen Beiträgen wurde auf seine Existenz angespielt: einmal in einer Rezension einer Monografie über Moses Heß, den „Vorkämpfer des Sozialismus und Zionismus“, unter der Überschrift „Der Kommunisten-Rabbi“ (RF 382, 9. August 1921), ein anderes Mal über die Schaffung einer „jüdische[n] Universität in Jerusalem“ (RF 256, Samstag, 3. Juni 1922). Die Erwähnung der Universität in Jerusalem ist bemerkenswert, denn zu diesem Zeitpunkt umfasste die *Rote Fahne* nicht mehr als ein beidseitig bedrucktes A3-Blatt. Dass diese Nachricht auftauchte – ohne dass sie weiter erklärt werden musste –, könnte Indiz für eine KPD-interne Beschäftigung mit Formen des so genannten „kulturellen Zionismus“ sein (Kloke 1990: 32).

nale Bewegungen ablehnten.[5] Aber das tat die KPD nicht: Erstens war sie alles andere als antinational oder antideutsch, und zweitens unterstützte sie in ihrem Antiimperialismus nationale Bewegungen. Und als eine „nationale Befreiungsbewegung des Judentums" ließ sich die zionistische Bewegung in Europa und in Palästina durchaus ansehen (vgl. RF 168, 25. Juli 1925).

Für den Zionismus hätte aus kommunistischer Sicht sprechen können, dass ein jüdischer Staat einen Schutzraum vor dem stärker werdenden Antisemitismus in Europa bieten könnte. Gerade nach den Erfahrungen im Ersten Weltkrieg waren die Hoffnungen auf eine internationale Überwindung von nationalen Feindschaften erschüttert worden, was, wie Martin Kloke schreibt, „die SPD in ihrer Gesamtheit zu vermehrtem Verständnis für das zionistische Projekt" veranlasste (Kloke 1990: 24).[6] Man konnte zwar, gerade wegen der Bedrohung durch den Antisemitismus, deswegen dem Zionismus kritisch gegenüberstehen, weil dieser die „jüdische Identität" als eine nationale Identität hervorhob und weil man befürchten konnte, dass das Hervorheben einer nationalen jüdischen Identität in Europa den wirksamsten Schutz vor Antisemitismus verhindere: sich zu assimilieren. Dass die KPD die Assimilation befürwortete, erklärte das Zentralkomitee der KPD in der einzigen parteioffiziellen Veröffentlichung mit dem Titel *Kommunismus und Judenfrage* 1932: „Die Kommunisten begrüßen jede *Assimiliation* […]."(ZK der KPD 1932: 285)[7]

---

[5] Rosa Luxemburg hat in ihrem Aufsatz *Nationalitätenfrage und Autonomie* von 1908 bereits zum „Recht auf Selbstbestimmungsrecht aller Nationalitäten" grundsätzlich formuliert, dass diese „Formel […] nichts enthält, was spezifisch mit Sozialismus oder Arbeiterpolitik zusammenhängt" (Luxemburg 1908: 221 f.). Luxemburg kam deshalb zu dem Schluss: „Die Sozialdemokrate ist dehalb aufgerufen, nicht das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu verwirklichen, sondern nur das Selbstbestimmungsrecht der arbeitenden Klasse, der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse – des Proletariats." (ebd.: 263)

[6] Es ist hier nicht der Platz, auf den Zusammenhang des zunehmenden Antisemitismus in Europa und die Entstehung der zionistischen Bewegung einzugehen. Es wäre vereinfachend, den 1897 durch Theodor Herzl politisch organisierten Zionismus ausschließlich als Reaktion auf die Pogrome in Russland und die Entstehung des politischen Antisemitismus – 1893 begründete Wilhelm Marr den Begriff „Antisemitismus" – zu verstehen; man muss ihn auch im Zusammenhang mit den Nationalbewegungen Europas verstehen. Aber Theodor Herzl selbst hat seine politische Entwicklung zum Zionisten mit der Zunahme des Antisemitismus in Europa erklärt: „So war ich Haus aus Schriftsteller, Journalist, dachte nicht an die Juden. Aber meine Erfahrungen, Beobachtungen, der wachsende Druck des Antisemitismus zwangen mich zur Sache." (Herzl 1976: 22)

[7] Begründet wurde die Haltung so: „In Deutschland, wo die jüdischen werktätigen Massen in ihrer erdrückenden Mehrheit bereits assimiliert sind, ist jeder Versuch, sie ideologisch, organisatorisch von den Massen des deutschen Proletariats zu trennen, konterrevolutionär und in höchstem Maße für die jüdischen Werktätigen selbst von Schaden." (ZK der KPD 1932: 285)

Diese Begründung war unlogisch und ergab sich zum einen aus dem Vokabular der KPD, zeigt aber auch den Einfluss antisemitischer Bilder. Die KPD verwendete den Begriffes „jüdisch" in sich unlogisch; wenn nämlich „die jüdischen werktätigen Massen" „bereits assimiliert" waren, gab es keinen Grund, sie weiterhin „jüdisch" zu nennen, es sei denn, die KPD wollte „jüdisch" – wie in Sowjetrussland – zu einer „nationalen" Identität erklären. Aber das hätte bedeutet, die Assimilation wieder rückgängig zu machen. Außerdem war es typisch für die KPD, von „Werktätigen" als „Massen" zu schreiben, was bei einem Anteil von „Juden" in Deutschland von weniger als 1 % seltsam war (vgl. „Die jüdischen werktätigen Massen in der USSR.", RF 54, 5. März 1929). Sie bestätigte damit auch das antisemitische Bild einer großen Präsenz von „Juden" und einer dringenden „Lösung der Judenfrage".

Aber diese Begründung hätte zu einer skeptischen Kritik, nicht aber zu einer solch hasserfüllten Ablehnung geführt.

Schließlich ließ sich zwar gegen ein Siedlungsprojekt in Palästina einwenden, dass dort bereits eine arabische Gesellschaft existiere, die von einem „jüdischen“ Nationalstaat verdrängt werden konnte. Der Kommunist Otto Heller, der 1931 das Buch *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus* veröffentlicht hat, drückte diese Kritik noch mit den Worten aus, der „Judenstaat“ sei deswegen „eine Utopie“, weil er unter anderem „die arabischen Fellachen“ missachte (Heller 1932: 96).[8] Das ZK der KPD machte aus dieser Kritik in der Erklärung von 1932, der Zionismus wolle die Menschen „in einer Volksgemeinschaft [sic] mit den jüdischen Ausbeutern zu Instrumenten“ im „Kampf gegen die koloniale Befreiungsbewegung der Araber“ machen (ZK der KPD 1932: 284-285). Dass in Palästina bereits Araberinnen und Araber lebten und jüdische Siedlungen existierten, sprach aber – genauso wenig wie ein staatssozialistisches Siedlungsprojekt in Birobidjan (siehe unten) – nicht generell gegen eine zionistische Besiedlung, denn gerade von kommunistischer Seite hätte vorgebracht werden können, dass eine Einwanderung europäischer Jüdinnen und Juden einen „Entwicklungsschub und die Annäherung des Orients an das europäische Niveau“ nach sich ziehen würde. Dieses Argument brachten nicht nur Linkszionistinnen und -zionisten vor, sondern diese Sicht teilten in den 1920er-Jahren auch „wichtige Repräsentanten der arabischen Welt“ (Küntzel 2003: 15; vgl. Kiefer 2003; Kloke 1990).

Noch etwas hätte eigentlich für eine Solidarität mit den neu angekommenen Jüdinnen und Juden in Palästina sprechen müssen: Von ihnen war 1919 die Kommunistische Partei Palästina gegründet worden. Die KP Palästina war „ursprünglich eine rein jüdische Partei“, und nach dem Ersten Weltkrieg gab es „außer ihr keine nennenswerten sozialistischen Organisationen im arabischen Osten“ (Flores 1980: XII, 238-281). Aber nichts nur das: Die zionistische Bewegung in Palästina war am stärksten vom Linkszionismus geprägt, die jüdische Gewerkschaft war die stärkste Kraft in der jüdischen Community. Wie Tom Segev schreibt, übernahm die „Arbeiterbewegung“ „schon bald die Führung in der jüdischen Gemeinschaft und formulierte deren Werte und Symbole“ (Segev 2005: 140).

Damit soll nicht behauptet werden, dass die KPD eine pro-zionistische Position zwingend hätte vertreten müssen. Aber für die KPD wären sehr verschiedene Positionierungen zum Zionismus möglich gewesen. Trotzdem legte sich die KPD von ihrem ersten Beitrag in der *Roten Fahne* an

[8] Otto Heller ist ein tragisches Beispiel für jüdische Kommunistinnen und Kommunisten, die selbst aus einer jüdischen Familie stammten und von den Nationalsozialisten nicht nur als Kommunisten, sondern auch als „Juden“ verfolgt und ermordert wurden. Heller war Mitglied zunächst der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Österreichs und ab 1921 der Kommunistischen Partei. Ab 1926 lebte er als Journalist in Berlin. Im März 1945 wurde er im KZ Ebensee ermordet (Heller 1932: 80; www.kfunigraz.ac.at/sozwww/agsoe/soz/oes/oes_h.htm [zuletzt: März 2005]).

auf einen hasserfüllten „Antizionismus“ fest, und dafür musste es Gründe geben. Der erste Grund war, dass die KPD der Weimarer Republik die Vorstellung, es gebe quasi-natürliche Nationalitäten und nationale Territorien, nicht in Frage stellte, sondern dass es vielmehr diese Vorstellung war, die die Grundlage für ihren Antiimperialismus bildete.

Grundlegend für die Nationalismusdiskussion in den 1920-Jahren war Jossif Wissarowitsch Stalins Aufsatz zu *Marxismus und Nationale Frage* von 1913, in dem er „Nationen“ wie folgt definierte:

> „*Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.* (Stalin 1913: 272; ZK der KPD 1932: 278)

Nach dieser Definition bildeten „die Juden“ keine „wirkliche Nation“, für die „die Sozialdemokratie ihr nationales Programm“ aufstellte. Die russische Sozialdemokratie, so Stalin,

> „kann nur mit wirklichen [sic] Nationen rechnen, die handeln und sich bewegen und darum auch erzwingen, daß man mit ihnen rechnet“ (Stalin 1913: 276).[9]

Seit den frühen 1920er-Jahren berichtete die *Rote Fahne* nicht nur zustimmend über „nationale Befreiungskämpfe“ in den Kolonialgebieten und -staaten, sondern eine Überwindung nationaler und nationalistischer Zuschreibungen war gar nicht das Ziel des staatlichen Kommunismus. Statt dessen schuf die KP Russland bzw. die KP der Sowjetunion für „nationale Minderheiten“ neue eigene „(teil)autonome“ Republiken innerhalb in der sozialistischen Sowjetunion („Leninismus und nationale Frage/Lenin gegen Rosa Fehler/Der Kampf für die soziale und nationale Befreiung“, RF 16, 21. Januar 1932; „15 Jahre Sowjetunion/Befreite Nationen/In der Sowjetunion gibt es keine nationale Unterdrückung und Tributsklaverei“, RF 211, 23. November 1932). Zu diesen nationalen Siedlungsgebieten gehörte ab dem 28. März 1928 auch das ost-asiatische Birobidjan als einer „jüdischen nationalen Verwaltungseinheit“ (Heller 1933: 186), ab dem 7. Mai 1934 sogar als Jüdisches Autonomes Gebiet (Lustiger 2002: 86; Weinberg 2003). Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland mussten also eine Doppelstrategie vertreten: das zionis-

---

[9] Bei Stalin stand bereits 1913 die Abwehr des „Zionismus unter den Juden“ an erster Stelle, bevor er den „Antisemitismus“ des „Spießers“ nannte: „Die von oben ausgehende Welle eines streitbaren Nationalismus […] lösten eine Gegenwelle des Nationalismus von unten aus, der mitunter in brutalem Chauvinismus überging. Das Erstarken des Zionismus unter den Juden, der wachsende Chauvinismus in Polen, der Panslawismus unter den Tataren, das Erstarken des Nationalismus unter den Armeniern, Georgiern und Ukrainern, die allgemeine Neigung des Spießers zum Antisemitismus – alles das sind allbekannte Tatsachen. […] In diesem Augenblick fiel der Sozialdemokratie eine hohe Mission zu – dem Nationalismus entgegenzutreten, die Massen vor der allgemeinen „Seuche“ zu bewahren. (Stalin 1913: 267) Als Beweis für den „brutale[n] Chauvinismus“ des Bundes, der den Zionismus ablehnte, aber für eigene „nationale“ Rechte der jüdischen Minderheit kämpfte, führte Stalin an: „Es kam so weit, daß er [der Bund] das ‚Feiern des Sabbats’ und die ‚Anerkennung des Jiddischen’ für einen Kampfplatz seiner Wahlkampagne erklärte“ (Stalin 1913: 267 f.).

tische Projekt in Palästina ablehnen und gleichzeitig das Siedlungsprojekt in Ostasien begrüßen.[10] Dass Jüdinnen und Juden ein Anrecht auf ein eigenes, zumindest „teilautonomes“ nationales Territorium hätten, konnte nicht mehr generell abgelehnt werden.

Der zweite Grund ergab sich aus dem primär antisemitischen „Bild vom Juden“: Da die KPD „Juden“ mit „Kapitalist“ und „Kapital“ identifizierte, lag eine Identifikation von „Zionismus“ mit „Kapitalismus“ und dementsprechend mit „Imperialismus“ nahe. Entscheidend für die Beurteilung einer nationalen Bewegung war nämlich, wie der politische und soziale Charakter des „nationalen“ Kollektivs bewertet wurde. Zu den Grundsätzen der KPD gehörte seit ihrer Gründung der Kampf gegen „Imperialismus und Krieg“; Kriege wurden dann abgelehnt, wenn sie sozusagen im Dienste des Imperialismus – und das hieß des Kapitalismus – standen. Der Imperialismus war nach Wladimir Iljitsch Lenin und Rosa Luxemburg die aktuelle Erscheinungsform des Kapitalismus im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (Lenin 1970; Luxemburg 1916).

Einen Monat nach der Bezeichnung des „Zionismus“ als „Kettenhund des Imperialismus“ drückte die *Rote Fahne* ihre generelle Solidarität mit den „antikolonialen Befreiungskämpfen“ mit dem Titel aus:

> „Rotfront gegen den Imperialismus!“ (RF 175, 2. August 1925)

Illustriert wurde die Parole durch eine Faust, die von unten einen Tisch mit einer Weltkarte durchschlug, dabei ebenfalls die versammelten Militärs (die „Imperialisten“) zu Boden werfend. Am Rand war übrigens, hinter dem Vorhang, „der Kapitalist“ zu sehen, der nicht von der Faust getroffen wird und der mit hinterhältigem Gesichtsausdruck zusieht.

In der *Roten Fahne* wurden Kriege oder militärische Akte dann befürwortet, wenn sie den Kampf einer „Nation“ gegen ihre Unterdrückung bedeuteten, wenn sie, kurz gesagt, als „antiimperialistisch“ galten. Spätestens seit dem Beschluss des Internationalen Kongresses in London 1896 gehörte das „Selbstbestimmungsrecht aller Nationen“ zum Selbstverständnis der Zweiten

[10] „Jüdische Bauern in der Sowjetunion“, RF 40, 17. Februar 1926; „Jüdische Kolonisation in Sowjetrußland Ein Vortrag von Dr. *A. Singalowsky*“, RF 36, 12. Februar 1927; „Die jüdischen werktätigen Massen in der USSR.“, RF 54, 5. März 1929.
Offiziell hieß Birobidjan Jüdisches Autonomes Gebiet (JAG). Noch während die Krim als teilautonomes Siedlungsgebiet für Menschen, die nach dem sowjetischen Nationsverständnis als Jüdinnen und Juden galten, benutzt wurde, was 1932 gestoppt wurde, forcierte die Sowjetregierung eine Besiedlung des nördlich der Mandschurei gelegenen Birobidjan ab 1928. Arno Lustiger und Robert Weinberg behaupten, dass das Projekt eines teil-autonomen „jüdischen“ Gebiets scheitern sollte, um ab 1927 besonders zionistische Ideen und allgemeiner „alle Kolonisatorenpläne – etwa für die Krim, die immer noch viele Anhänger in der *Geserd* hatte – zurückzuweisen“ (Lustiger 2002: 85; vgl. Weinberg 2003). „Es sollte ein nationales Gebiet geschaffen, ‚jüdischer Nationalismus’ aber kein Vorschub geleistet werden.“ (Lustiger 2002: 87) Die sowjetische „jüdische“ Nationalität sollte auf der jiddischen Kultur aufbauen; während Hebräisch „praktisch die einzige illegale Sprache der Sowjetunion“ war (Zvi Gitelman, in: Weinberg 2003: 19). 1930 betrug der Anteil der Jüdinnen und Juden in dem Gebiet 8 Prozent. Die meisten der jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner Birobidjans sind während der Säuberungen 1937/38 umgekommen.

Internationale (Lenin 1914: 435). Die Dritte Internationale hatte die Forderung aus dem *Kommunistischen Manifest* „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ um ein weiteres angebliches revolutionäres Subjekt erweitert: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!“ (nach: Jacob 1994: 14)[11]

Die zionistische Bewegung wurde nie als „unterdrückt“ dargestellt, sondern von Beginn an als „imperialistisch“ – also „kapitalistisch“ und international mächtig – bezeichnet. Das heißt, die zionistische Bewegung wurde nicht nur kritisiert und abgelehnt, sondern ihr wurde *jegliche* Berechtigung abgesprochen: „Juden“ waren nach der Darstellung der *Roten Fahne* „Luftmenschen an den Grenzbezirken des sozialen Organismus“, und als solche würden sie gar keine eigene Volkswirtschaft und keinen eigenen Staat aufbauen können.

> „[…] da entstand der *Zionismus* als eine Ideologie verzweifelter Kleinbürger. Luftmenschen an den Grenzbezirken des sozialen Organismus, kamen sie nicht zu Sozialismus, mit dem die jüdischen Arbeiter bereits eng verbunden waren, sondern suchten ihre Rettung vor den wirtschaftlichen und politischen Verfolgungen in einer Utopie, dem palästinensischen Judenstaat.“ (A.N., „Die Ursachen der Kämpfe in Palästina“, RF 164, 28. August 1929)

Zu den wesentlichen Bestandteilen des modernen Antisemitismus gehört die Behauptung, dass „Juden“ nicht zum „sozialen Organismus“, also zur Volkswirtschaft, gehörten, sondern wie „Parasiten“ von ihm lebten. Bemerkenswert ist, dass im Gegensatz zu völkischen Antisemiten die KPD in der staatssozialistischen Sowjetunion die Möglichkeit in Erwägung zog, dass in Birobidjan Jüdinnen und Juden durchaus eine eigene Volkswirtschaft aufbauen konnten. Für die Menschen in Palästina wurde es von der KPD grundsätzlich geleugnet.

Entsprechend durfte der Zionismus nicht als „nationale Befreiungsbewegung der Juden“ gesehen werden. So sahen es laut *Rote Fahne* lediglich „[j]üdische Intellektuelle“:

> „Jüdische Intellektuelle gefallen sich in der Pose der zionistischen „nationalen Befreiungsbewegung des Judentums“.“ (RF 168, 25. Juli 1925)

Für die KPD war das nur ein „‚philantropische[r]’ Vorwand“, wie sie unter der Überschrift „Gegen den britischen Imperialismus und seine zionistischen Agenten in Palästina! Manifest der Liga gegen Imperialismus“ schrieb.[12]

> „Unter dem ‚philantropischen’ Vorwand, ein Heim für die armen, unterdrückten Juden der Welt zu schaffen, nehmen die zionistischen Kapitalisten den Arabern ihr Land weg, während arme jüdische Arbeiter eingeführt werden, um für die zionistischen Kapitalisten und für die militärisch-strategischen Ziele des britischen Imperialismus in Palästina zu arbeiten.“ (RF 167, 31. August 1929)

---

[11] Die Diskussion über die Rolle der Nationen und des Nationalismus für eine radikale linke Bewegung scheint mir bis heute nicht abgeschlossen. Sie ist verknüpft mit anderen offenen Frage, wie nämlich eine „internationalistische“ Politik auszusehen habe und wie sie betrieben werden kann.

[12] Die gleiche Erklärung der „Liga gegen Imperialismus“ erschien ohne den Begriff „zionistische Agenten“ in der Inprekorr 83 (1929): 1960-1961, in: Dokumente 1997: 26.

Die jüdischen Gemeinden, deren Mitglieder bereits seit dem 19. Jahrhundert als Minderheit in dem britischen Mandatsgebiet Palästina lebten, mussten damit ignoriert werden. Alle in Palästina lebenden Jüdinnen und Juden wurden in der *Roten Fahne* als Feinde der „unterdrückten Völker“ dargestellt, als – wie eben zitiert – „Agenten“ des Imperialismus bezeichnet, also als Eindringlinge – die Araberinnen und Araber dagegen als „werktätiges Volk“. Dabei musste zweierlei ausgeblendet werden: nämlich zum einen die bereits vor der zionistischen Siedlung bestehenden jüdischen Gemeinden und zum anderen die Klassenkonflikte unter den Araberinnen und Arabern. In einer weiteren Radikalisierung wurde von den Zionistinnen und Zionisten nicht mehr als Menschen geschrieben, sondern die *Rote Fahne* setzte im August 1929 in einer fett gesetzten Bildbetitelung den „arabischen Arbeiter[n]“ einen anonymen „jüdisch-faschistischen Terror“ entgegen:

> „Demonstration arabischer Arbeiter in Jerusalem gegen den jüdisch-faschistischen Terror für das Recht, Gewerkschaften zu gründen und für den Achtstundentag“ (RF 164, 28. August 1929; vgl. „Zionistischer Terror in Palästina“, in: Dokumente 1997: 11; Holz 2001: 456)

Ab Ende der 1920er-Jahre setzte die KPD Zionismus mit „Faschismus“ gleich. Dass die *Rote Fahne* vom „jüdischen Faschismus“ schrieb, passte zwar zum politischen Vokabular der End-1920er-Jahre, wonach alle gegnerischen und feindlichen politischen Bewegungen – von der SPD („sozialfaschistisch“) bis zur NSDAP („nationalfaschistisch“) – einheitlich als „faschistisch“ bezeichnet wurden.[13] Als grundsätzliche Verurteilung der zionistischen Bewegung bewegte sich die Kennzeichnung aber auf einer anderen, nämlich außenpolitischen Ebene: Mit ihr wurde nicht nur eine politische Bewegung innerhalb der deutschen Gesellschaft oder in einem anderen Land, sondern gewissermaßen ein entstehendes nationales Kollektiv im ganzen als „faschistisch“ stigmatisiert.

Dafür war die synonyme Verwendung von „zionistisch“ und „jüdisch“ wesentlich: Schon mit der Bezeichnung „zionistischer Faschismus“ wäre die Nationalbewegung als ganze diskreditiert worden und hätte eine Identifikation von „Zionismus“ und „Imperialismus“ bedeutet. Aber die generelle Darstellung der „zionistischen“ Bewegung als imperialistisch war verknüpft mit den verbreiteten Bildern vom „Juden“; insofern waren „zionistisch“ und „jüdisch“ letztlich gleichbedeutend, und so schrieb die *Rote Fahne* ebenso vom „jüdischen Faschismus“.[14]

---

[13] Selbst Kapitalismus wurde zum „Werkfaschismus“: „Gegen Werkfaschismus Einheit des Proletariats!“ (RF 160, 23. August 1929). Alexander Abusch, der von 1927/28 und ab Juli 1930 wieder Redakteur der *Roten Fahne* war, behauptet in seinen Memoiren dagegen, das Politbüro hätte die undifferenzierte Verwendung des „Faschismus“-Begriffs abgelehnt. „Ich sagte wütend: ‚Man kann doch die Notverordnungsdiktatur von Brüning nicht schon als faschistische Diktatur bezeichnen! Wo bleibt da die politisch-ideologische Differenzierung?’ Thälmann lachte und knuffte mich freundschaftlich. ‚Es freut mich, daß du der gleichen Meinung bist wie wir im Polbüro. Aber du mußt sofort, ohne dich weiter in Moskau aufzuhalten, zurück nach Berlin fahren.’“ (Abusch 1981: 238)

[14] Mitunter gab es den Versuch, zwischen „jüdisch“ und „zionistisch“ zu unterscheiden und den Begriff „jüdisch“ den Arbeiterinnen und Arbeitern, also den armen Menschen, zuzuordnen und die „Bourgeoisie“ „zionistisch“ zu nennen – z. B. in einem Beitrag der Inprekorr, in dem die britische Mandatsmacht des Antisemitismus bezichtigt

Die „koloniale Befreiungsbewegung der Araber" gegen die „Agenten des Imperialismus" in Palästina

1927 stellte die *Rote Fahne* zur Rolle der antikolonialen Kämpfe klar: „Die koloniale Befreiung – keine nationalistische, sondern eine soziale Forderung":

> „[…D]en schwachen und nur mangelhaft organisierten Völkern […] ist der Fremde nur der *Ausbeuter*! Wenn ein derart getretenes Volk sich von seinen europäischen Parasiten zu befreien sucht, so ist das kein nationalistischer Fanatismus, sondern eine *soziale* Tat." (RF 92, 20. April 1927)

Konflikte zwischen verschiedenen kolonisierten und ausgebeuteten Nationen und Ethnien, die „Abneigung der Rassen untereinander", wurden lediglich vom „europäischen Imperialismus" benutzt, „um die Unterdrückten uneins zu machen und Gewinn für den Kapitalismus daraus zu schlagen" (RF 92, 20. April 1927). Wenn der Imperialismus besiegt würde, dann, so die Argumentation, würden alle Nationen und „Rassen" friedlich miteinander leben.

Zwischen dem 28. August und dem 6. September 1929 erschienen fast jeden Tag ausführliche Berichte über die „Kämpfe in Palästina":

- „Die Ursachen der Kämpfe in Palästina" (RF 164, 28. August 1929);
- „Nordpalästina in den Händen der aufständischen Araber / Neue blutige Kämpfe in Jerusalem, Jaffa, Haifa und an der Grenze Transjordaniens – Verbrüderungsdemonstrationen mit den Aufständischen in Syrien und Aegypten" (RF 165, 29. August 1929);
- „Macdonalds Gemetzel in Palästina / Standrecht in Haifa – Schiffsbombardement gegen Aufständische – Labourregierung verspricht Förderung der Zionisten zur Unterdrückung der Araber" (RF 166, 30. August 1929);
- „Gegen den britischen Imperialismus und seine zionistischen Agenten in Palästina! Manifest der Liga gegen Imperialismus" (RF 167, 31. August 1929);
- „Die Araber im Vormarsch / Arabische Streitkräfte aus Syrien überschreiten die Grenze – Palästina-Demonstrationen in Bagdad – Macdonalds Truppen morden weiter" (RF 168, 1. September 1929);
- „Kämpfe in Nordpalästina" (RF 169, 3. September 1929);
- „Solidarisch mit dem Araberaufstand! / Kundgebung der Anti-Imperialistischen Liga" (RF 170, 4. September 1929);
- „Palästinas Befreiungskampf / Von Albert Norden" (RF 172, 6. September 1929).[15]

---

wurde: „Die Unterdrückung der Bevölkerung ist durch das absolutistische Regime, das die Engländer mit zionistischer Zustimmung in Palästina errichtet haben, aufs höchste gestiegen. Die allgemeine Unzufriedenheit, die im Lande herrscht, ließ innerhalb der arabischen und jüdischen Bevölkerung die Tendenz aufkommen, die gemeinsamen, gegen den britischen Imperialismus gerichteten Interessen zu verstehen. […] So mußte nun die britische Politik danach streben: […] die jüdische [sic] Bevölkerung wieder in die Disziplin der zionistischen [sic] Organisation hineinzuzwängen." (Inprekorr 116 (1928): 2279, in: Dokumente 1997: 20) Eine solche semantische Unterscheidung zwischen „zionistisch" und „jüdisch" hätte die Terminologie politischer erscheinen lassen, aber sie wurde nicht beibehalten. Zu einer ähnlichen, nur unzureichend erfolgten semantischen Tarnung durch die Unterscheidung von „Zionisten" und „Juden" siehe Holz 2001: 442.

[15] Obwohl in der Biografie von Nordert Podewin als *Der Rabbi im Politbüro* bezeichnet, war Norden kein religiöser Jude. Podewins Kennzeichnung der „jüdischen Identiät" Nordens weist auch irritierende Töne auf. So

Der vorherrschenden Identifikation der „Juden“ mit dem „Imperialismus“ korrespondierte, wie gesagt, damit, dass auch auf der positiv dargestellten Seite alle Gegensätze nivelliert wurden. In den Artikeln wurde zwar erwähnt, dass die „Entwicklung der arabischen Aufstandsbewegung“ „noch zum großen Teil unter dem Einfluß der Effendis (Großgrundbesitzer)“ stehe (RF 164, 28. August 1929), aber in den Überschriften wurde die Positionierung der KPD eindeutig: Durch die Beteiligung der „Großgrundbesitzer“ wurde die „arabische[] Aufstandsbewegung“ nicht etwa zu einer bourgeoisen politischen Bewegung, sondern ihr revolutionärer Charakter blieb unangezweifelt.

Die uneingeschränkte Parteinahme für die arabische Nationalbewegung war auch vor dem Hintergrund erstaunlich, dass die Kommunistische Partei Palästinas 1921 selbst Opfer von arabischen Nationalisten gewesen war. In diesem Zusammenhang sprach man in der Komintern sogar von einer „Pogromstimmung“ in der „eingeborene[n] Bevölkerung“:

> „Am 1. Mai 1921veranstalteten die Kommnisten eine Demonstration, die von den Mitgliedern der gelben Gewerkschaften angegriffen wurde. Die eingeborene Bevölkerung, deren Pogromstimmung von den englischen und französischen Provokateuren und von ihren eigenen Nationalisten schon lange geschürt wurde, und die den Sinn der Demonstration nicht begriff, stürzte sich auf die Demonstranten und ging dann zu einem allgemeinen Pogrom gegen die Juden über.“ (Awigdur: Die Arbeiterbewegung in Palästina, Inprekorr 29 (1923), S. 216-217, in: Dokumente 1997: 4)

Aber Schilderungen eines solchen Antikommunismus und Antisemitismus der „eingeborene[n] Bevölkerung“ fehlten in der *Roten Fahne*.

Ebenfalls fehlten, zumindest in den Überschriften und in der Parteinahme, die Klassengegensätze innerhalb der arabischen Gesellschaft. Für die KPD habe überhaupt erst „der britische Imperialismus“ Klassenunterschiede gebracht, und so wären sie im Kampf gegen den äußeren Feind einfach aufgehoben:

> „Der allgemeine Aufstand der Araber gegen die Zionisten ist in Wirklichkeit ein *Aufstand gegen die wirtschaftliche und politische Sklaverei*, in die sie der britische Imperialismus gebracht hat.

---

schreibt er über Nordens Charakter: „Seine jüdische Herkunft mit dem unaustilgbaren Gen jahrhundertealten Gettolebens ließen ihn von Anbeginn Vorsicht vor allen Fraktionsbindungen üben.“ (Podewin 2001: 50) Podewin berichtet, dass Nordens frühe politische publizistische Arbeit – die „Rundbriefe für die radikal-sozialistische jüdische Jugend“ – an die „jüdische Jugend“, also vom Antisemitismus Bedrohte, adressiert war. Gleichwohl argumentierte Norden stets antizionistisch (Podewin 2001: 58-62) und war, wie Podewin schreibt, ein „glühende[r] Verfechter einer deutschen Nation, deren geschichtliche Wurzeln er, ständig tiefer lotend, weit in der Vergangenheit suchte“ (Podewin 2001: 338).
Von der „antizionistischen“ Verfolgung Anfang der 1950er-Jahre war Norden insofern persönlich betroffen, als sein „lebenslange[r] Freund und Genosse Freud Otto Katz (André Simone)“ im Schauprozess gegen Rudolf Slánský und elf weitere „jüdische“ Parteimitglieder in der CSR mitangeklagt und am 3. Dezember 1952 erhängt wurde. Podewin schreibt: „An diesem Tag zerbrach bei Albert Norden innerlich etwas, was fortan zeitlebens irreparabel blieb: der Glaube an die moralische Unbeflecktheit des sozialistisch-kommunistischen Ideals. […] Darin war der lebenslange Selbstvorwurf eingeschlossen, angesichts der Ungeheuerlichkeit in eigener Sache geschwiegen, statt die Wahrheit befreiend herausgeschrien zu haben.“ (Podewin 2001: 256) Podewin aber will zumindest Walter Ulbricht vom „Antizionismus“ freisprechen, u. a. mit dem fragwürdigen Argument, Ulbricht hätte bewusst „kein[en] Jude[n]“ als Hauptangeklagten ausgewählt, denn: „Ulbricht wäre diesen Schritt niemals gegangen“ (Podewin 2001: 258).

> 2. Dank dem *antiimperialistischen* Charakter dieses Kampfes haben die Araber Palästinas auch die moralische und materielle Unterstützung der Araber *Aegyptens*, *Syriens und Transjordaniens* wie auch der Massen der *indischen* Bevölkerung gewonnen, die in ihrem revolutionären Kampf für die Befreiung aus dem Joche des britischen Imperialismus stehen." (RF 167, 31. August 1929)

In den Überschriften der *Roten Fahne* positionierte sich die KPD eineindeutig, wohingegen in den Beiträgen mitunter die in sich widersprüchliche Realität deutlich wurde. 1925, als der Zionismus bereits durch die Überschrift als „Kettenhund des Imperialismus" gebrandmarkt wurde, wurde im Beitrag selbst noch der Klassenkonflikt innerhalb der arabischen Gemeinschaft thematisiert, wonach die „Effendi" an der zionistischen Besiedlung nicht unschuldig waren:

> „Im Bunde mit der europäischen Bourgeoisie tritt die *reiche arabische Feudalaristokratie* auf, die „Effendi", die ihre Ländereien bereitwillig den jüdischen Kapitalisten verkauft, ohne sich auch nur im geringsten um das Schicksal der verarmten arabischen Bauernschaft zu kümmern, die diesen Boden seit Jahrzehnten gepachtet hat." (RF 168, 25. Juli 1925)

Die Effendis also hatten die Ländereien den „jüdischen Kapitalisten" verkauft. Die diskursive Verknüpfung von „Jüdisch"-Sein mit „Kapitalismus", „Imperialismus" und „Faschismus" blieb bis 1933 die in der KPD diskursiv vorherrschende.[16]

Die Solidarität mit den Menschen in den Kolonialgebieten sollte in der *Roten Fahne* dadurch erzeugt oder noch verstärkt werden, indem das Schicksal der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland mit dem der versklavten Menschen gleichgesetzt und Deutschland als „Kolonie" bezeichnet wurde. Bereits im Januar 1922 hatte Karl Radek Deutschland als „eine Kolonie erster Kategorie" und Sowjetrussland als „eine Kolonie zweiten Grades" des „Imperialismus" bezeichnet („Die Entente – Sowjetrußland und Deutschland. Von Karl Radek", RF 49, 29. Januar 1922).[17] Im Krisenjahr 1923 lautete eine Schlagzeile der *Rote Fahne*:

> „Der internationale Schacher um die Kolonie Deutschland" (RF 9, 26. Februar 1923).

Das Bild des vom „internationale[n] Schacher" ausgebeuteten „deutschen Volkes" wurde mit dem zweiten großen Parteiprogramm der KPD in der Weimarer Republik von 1930, dem „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes", noch einmal betont (Berthold 1956; RF 197, 24. August 1930). Durch die ganze Weimarer Republik hindurch waren in Überschriften der *Roten Fahne* die „nationale Befreiung", die man zunächst als eine Forderung der rechten Parteien verstehen könnte, und „soziale Befreiung" in eins gesetzt. Diese Gleichsetzung der deutschen Arbeiterklasse mit Sklaven und anderen vom Kolonialismus

---

[16] Das Gegenbild von „jüdischen werktätigen Massen" konnte es lediglich innerhalb der sozialistischen Sowjetunion geben (RF 54, 5. März 1929, „Die jüdischen werktätigen Massen in der USSR."). Denn der Sozialismus musste letztlich stärker sein als die „den Juden" zugeschriebenen Eigenschaften und musste auch bei ihnen seine menschenverändernde Kraft beweisen.

[17] Diese Darstellungsweise setzte sich auch nach 1923 weiter fort („Die Kolonie Poincarés und Stinnes'.", RF 34, 9. April 1924; „Ententesklaverei oder Befreiung der Arbeiter! Das Gesicht der Londoner Konferenz. Was ist das deutsche Vaterland? Eine Filiale von Morgan & Co.", RF 80, 27. Juli 1924).

Ausgebeuteten macht auch deutlich, dass es nicht einfach nur ein taktischer Anpassungsversuch an die nationalistischen Parolen der rechten Parteien, sondern das Ergebnis der Übertragung des marxistisch-leninistischen Antiimperialismus auf die Innenpolitik war.

Wenn aber der Begriff „Zionisten“ gleichbedeutend sein sollte mit „Kapitalisten“ und der Begriff „die Araber“ mit „das werktätige Volk“ und auch „Deutschland“ eine „Kolonie“ sein sollte, dann bestünde eine Parallele zwischen dem Schicksal der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter und dem der von den „Zionisten“ Unterdrückten. Diese Parallele brachte die Überschrift auf den Punkt:

> „Arbeiterfeinde sind Führer des Zionismus!“ (RF 165, 29. August 1929)

Die „Bilder vom Juden“ zur gleichen Zeit

Der „Antizionismus“ Ende der 1920er-Jahre war Bestandteil eines umfassenderen Diskurses über „die Juden“. Der Hass auf die „jüdischen Faschisten“ in Palästina ergab sich aus den antisemitischen Stereotypen, die von der KPD in der Weimarer Republik reproduziert wurden. Obwohl die KPD durch die 1920er-Jahre hindurch den Antisemitismus in öffentlichen Erklärungen verurteilte und die *Rote Fahne* bis 1933 wiederholt Bebels, Engels, Lenins oder Stalins Verurteilungen des Antisemitismus abdruckte (RF 224, 23. September 1930; RF 2, 3. Januar 1931; RF 28, 3. Februar 1931), waren ihre Beiträge oft von antisemitischen Bildern von „den Juden“ und einer verschwörungstheoretischen Argumentation geprägt. Bemerkenswerterweise tauchten die Verlautbarungen der führenden Köpfe gerade in den Phasen wieder auf, in denen die KPD sich selbst dem Verdacht des Antisemitismus aussetzte, weil sie in der *Roten Fahne* entweder „jüdische Kapitalisten“ angriff oder über den Zionismus als „jüdischem Faschismus“ schrieb.

Sogar in der Kritik des völkischen Antisemitismus wurden antisemitische Bilder reproduziert. Im September 1929, parallel zu der „antizionistischen“ Berichterstattung, erschien ein Beitrag „eines Arbeiterkorrespondenten“ über das als „ost-jüdisches“ Viertel bekannte Berliner Scheunenviertel unter der Überschrift: „Die Blutsauger des deutschen Volkes im Scheunenviertel“ (RF 183, 19. September 1929). Die in der Überschrift gemachte Aussage wurde zwar, obwohl keine Anführungszeichen verwendet wurden, als „Lüge“ der „Faschisten“ bezeichnet. Aber wie in anderen Fällen folgte auf die Kritik der antisemitischen Behauptungen sogleich eine eingeschränkte Bestätigung, wonach eine Verantwortung der wirklichen „Blutsauger des deutschen Volkes“, nämlich des „jüdischen Großkapital[s]“, für die Aktivitäten der Nazis konstruiert wurde:

> „Wenn man in die Elendsquartiere des Scheunenviertels hineinleuchtet, muß man sagen, gemeiner und tierischer kann eine Lüge nicht sein wie dieser mörderische Antisemitismus gegen die Aermsten der Armen. Die Pogrome, die diese von dem jüdischen Großkapital [sic] gut bezahlten Horden durchführen,

> sind Mörderfeldzüge gegen arme Proletarier, die nicht nur in dem tiefsten Elend dieser kapitalistischen Gesellschaft ihr Dasein fristen, sondern Sklaven einer mittelalterlichen Zurückgebliebenheit sind." (RF 183, 19. September 1929)

Diese Argumentation war nicht ironisch gemeint, denn dann hätte zumindest die Kennzeichnung „jüdischen" bei „Großkapital" in Anführungszeichen gesetzt werden müssen. Tatsächlich behauptete die KPD Ende der 1920er- und Anfang der 1930er-Jahre wiederholt, dass ein „jüdisches Großkapital" existiere, das die NSDAP finanziere und beeinflusse (Remmele 1930). So war also auch nicht der Begriff „Blutsauger" ironisch gemeint; denn dass die Arbeiterinnen und Arbeiter von „Parasiten" und „Blutsaugern" ausgebeutet würde, war Bestandteil der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und in Lenins *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* von 1916 nachzulesen (Lenin 1970: 106-117). Falsch an der „Lüge" der „Faschisten" war also für die KPD nicht, dass es „Blutsauger" gebe, sondern nur, dass sie die armen Jüdinnen und Juden im Berliner Scheunenviertel und nicht das „jüdische Großkapital" als solche identifizierten.

Das Pogrom 1929 und der „jüdische Faschismus" in Palästina

Seinen Höhepunkt erreichte der „Antizionismus" der Weimarer KPD während der pogromartigen Ausschreitungen im Spätsommer 1929. Im britischen Mandatsgebiet Palästina war es in den 1920er-Jahren wiederholt zu bewaffneten Konflikten zwischen den jüdischen Siedlerinnen und Siedlern und Araberinnen und Arabern, aber auch zu gezielten antijüdischen Ausschreitungen gekommen (Hyamson 1976 [1950]: 109; Krämer 2003: 264-273). Die Ausschreitungen waren nicht nur gegen die neue zionistsche Besiedlung, sondern auch gegen alte jüdische Gemeinschaften gerichtet. Vom 14. bis zum 31. August 1929 kam es im ganzen Mandatsgebiet zu Ausschreitungen, in deren Verlauf 133 Jüdinnen und Juden ermordet wurden. 116 Araberinnen und Araber wurden von Militär oder Polizei getötet (Hyamson 1976: 121).

In Hebron und Safed waren vor allem orthodoxe Jüdinnen und Juden, deren Gemeinschaft bereits vor der zionistischen Besiedlung bestand, Ziel der Angriffe, die unter Parolen wie „Schlachtet die Juden!" geführt wurden. Der Kampf gegen die „zionistischen Kolonisatoren" wurde, wie Michael Kiefer in seiner Studie über *Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften* schreibt,

> zunehmend von antisemitischen Feindbildern überformt […], welche die Juden insgesamt als zersetzende, mordende und zur Verschwörung neigende Gruppe dämonisierten (Kiefer 2002: 70 f.; anders: El Sayed 1996: 112-130).

Antisemitische Feindbilder aus Westeuropa und Russland fanden in den 1920er-Jahren verstärkt Eingang in die arabische Nationalbewegung – auch über Führer wie den Jerusalemer „Groß-mufti“ Amīn al-Husainī (vgl. al-Husainī 2001; Küntzel 2003).

In der Internationale Presse-Korrespondenz *Inprekorr* beschrieb „J. B.“ aus Jerusalem die antisemitische Gewalt eindrücklich:

> „Denn die unter finster-klerikaler, feudaler und bürgerlicher Führung stehenden fanatischen Massen mohammedanischer Bauern überfielen sengend und mordend vor allem die unbewehrten armen jüdischen Siedlungen, jüdische Synagogen und Schulen, wo furchtbare Blutbäder angerichtet wurden. In der Talmudschule von Hebron wurden 60 jüdische Schüler – auch Kinder – getötet und verstümmelt. In der Kolonie Moza wurde eine jüdische Familie samt Frau und Kind abgeschlachtet.“ (J. B.: Das Blutbad im „Heiligen Lande“, in: Inprekorr 86 (1929): 2092-2093, in: Dokumente 1997: 30)

In der *Roten Fahne* fehlte eine solche Schilderung. Sie erschien am 28. August 1929 mit der Headline: „Faschisten morden in Berlin“. In diesem Fall war die Anordnung der verschiedenen Titelbeiträge bedeutsam: Neben einem kleineren Leitkommentar war der zweite größere Artikel auf der ersten Seite betitelt: „Der Araberaufstand wächst!“ Darunter eine fotografische Abbildung eines Uniformierten mit der Bildunterschrift:

> „Stahlhelmlümmel? Nein, ein Mitglied der jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem“ (RF 164, 28. August 1929)

Weiter wurde nicht erklärt, wer auf dem Foto abgebildet war und wer mit „jüdisch-faschistische Legion“ gemeint sein könnte. Wenn man über eine gewisse Kenntnis der verschiedenen zionistischen Gruppierungen in Palästina verfügte, konnte man wissen, dass damit wahrscheinlich ein Vertreter der Jüdischen Legion um Wladimir Jabotinsky gemeint war (vgl. RF 165, 29. August 1929). Die Bataillone der Jüdischen Legion waren 1917 bei der britischen Eroberung Palästinas beteiligt gewesen; 1925 hatte Jabotinsky die Revisionistische Partei gegründet, deren oberstes Ziel ein jüdischer Staat auf beiden Seiten des Jordans war (Krämer 2003: 182, 226).[18] Um den Zionismus generell zu verteufeln, dazu wären entsprechende Differenzierungen hinderlich gewesen.

In dem anonymen Artikel wurde auch nicht eine zionistische Strömung kritisiert, sondern der Zionismus als ganzes verurteilt und generell die Angriffe „der Araber“ auf „die jüdische Bevölkerung“ gepriesen:

> „Besonders charakteristisch für die Entwicklung dieser Bewegung ist, daß die Angriffe der Araber nicht auf die jüdische Bevölkerung beschränkt bleiben, sondern sich gegen ihren Hauptfeind, den englischen Imperialismus, zu richten beginnen. […] Die Kämpfe in Palästina werden von den Zionisten in einer Reihe von Ländern mit *nationalistischen Demonstrationen* beantwortet. Es ist charakteristisch, daß der stärkste Widerhall in *Amerika* zu finden ist, wo die jüdischen *Finanzmagnaten* [sic], die Geldgeber der zionistischen Bewegung, die gleichzeitig viele Millionen Dollars in *Palästina* angelegt haben, von der

[18] „Revisionistisch“ war die Partei insofern, als sie damit eine „Revision“ der 1922 getroffenen Regelung forderte, nach der die britische Mandatsregierung einem jüdischen Staat nur westlich des Jordans zugestimmt hatte. Ende der 1920er-Jahre wurden in Palästina zahlreiche revisionistische Jugendgruppen („Betar“) gegründet (Krämer 2003: 226).

> Regierung schärfstes Eingreifen gegen die arabischen „Rebellen“ fordern. Auf ihren Druck [sic] hat die *amerikanische Regierung* durch ihren Botschafter in London, General *Dawes*, an die Labour-Regierung die Forderung stellen lassen, *energische Maßnahmen in Palästina gegen die Araber zu ergreifen (!)*. Die Entwicklung der arabischen Aufstandsbewegung, die noch zum großen Teil unter dem Einfluß der Effendis (Großgrundbesitzer) steht, hat, wie die letzten Meldungen zeigen, an Umfang zugenommen und richtet sich, wie die Ueberfälle auf *Regierungsgebäude* und *Polizeistationen* sowie *englische Truppen* beweisen, folgerichtig gegen die Hintermänner des Zionismus in Palästina, *die englischen Imperialisten*. Sie birgt in sich die Möglichkeit der Entfachung der *gesamtarabischen Aufstandsbewegung gegen die englischen imperialistischen Unterdrücker*. Die Schläge, die die arabischen Eingeborenen gegen die *zionistische Bourgeoisie* [sic] und den *zionistischen Faschismus* [sic] in Palästina führen, sind gleichzeitig Schläge gegen *England*. Das jüdische Proletariat Palästinas muß Schulter an Schulter mit den arabischen Werktätigen den Kampf gegen ihre[n] gemeinsamen Klassenfeind, den *englischen Imperialismus* und die mit ihm auf Leben und Tod verbundene *jüdische Bourgeoisie* führen.“ (RF 164, 28. August 1929, Hervorhebungen im Original)

Dass das Pogrom als Ausdruck von Antisemitismus verstanden werden konnte, fiel der *Roten Fahne* nicht ein, auch obwohl sich nach eigener Berichterstattung „die Angriffe auf die jüdische Bevölkerung“ richteten.[19] Um so sonderbarer war die Erwähnung des „jüdische[n] Proletariat[s] Palästinas“ in der *Roten Fahne* – wobei allerdings die KP Palästina wieder einmal verschwiegen wurde. Die Erwähnung macht zwar deutlich, dass der „Antizionismus“ von links, obwohl er stets rassifizierende Elemente aufwies, nie dem strengen Sinn rassistisch argumentierte, dass es keine nicht-kapitalistischen, sozusagen „gute Juden“ geben konnte (Haury 2002: 444). Trotzdem hätte die Frage, ob die Angriffe, die sich gegen „die jüdische Bevölkerung“ richteten, auch gerechtfertigt waren, wenn sie sich gegen das Proletariat richteten, oder ob das „jüdische Proletariat“ das Recht habe, sich in Palästina anzusiedeln, offen bleiben müssen. Auf sie wäre keine Antwort möglich gewesen, die innerhalb der Darstellung der *Roten Fahne* konsistent gewesen wäre.

Als „Hauptfeind“ wurden 1929 nicht die „Zionisten“, sondern wurde der „englische Imperialismus“ ausgemacht, dessen Vertreter die „Hintermänner des Zionismus“ seien. Eine ‚jüdische Verschwörung’ wurde im Zusammenhang mit dem britischen Imperialismus somit nicht unterstellt. Allerdings eine deutliche Nähe: Denn die „*jüdische Bourgeoisie*“ war laut der *Roten Fahne* mit dem britischen Imperialismus „auf Leben und Tod verbunden[]“. Im Falle des US-amerikanischen Imperialismus wurde bereits anders argumentiert. Er wurde mit dem erklärt, was man heute ‚jüdische Lobbys’ nennt: nicht aus sich selbst und strukturell, also als Folge und Ausdruck des Kapitalismus wie bei Luxemburg und Lenin, sondern verschwörungstheoretisch, mit dem „Druck“ der „jüdischen *Finanzmagnaten*“.

Zentral war die Gegenüberstellung der „arabischen Eingeborenen“, denen das Land sozusagen ‚gehören’ würde, gegen die „zionistische Bourgeoisie und den zionistischen Faschismus“, die

[19] Die *Rote Fahne* berichtete auch zu dieser Zeit über Pogrome. Siehe den Bericht über die Auswirkungen des 1917 in der Ukraine verübten „*Judenmassakers*“ in „Rache für die Pogrome“, RF 120, 27. Mai 1926, „Massaker der Juden“, RF 247, 20. Oktober 1927, „Pogromterror in Lemberg“, RF 263, 7. November 1928.

fremd, ausbeuterisch und böse seien.[20] Diese Feindschaft zu allen Arbeiterinnen und Arbeitern, die „Juden“ wesensmäßig zu eigen sein sollte, wurde durch die Bildbeschriftung weiter verstärkt: Die Faschisten mordeten Arbeiter, und „der Zionismus“ war der „jüdische Faschismus“. Zwischen dem „Stahlhelm“-Freikorps und dem „Zionismus“ sollte kein Unterschied mehr bestehen. „Zionismus“ sollte wie der Nationalsozialismus der Todfeind der Arbeiterinnen und Arbeiter in der KPD sein.

Nach 1930 habe ich keinen Beitrag mehr über Palästina in der *Roten Fahne* gefunden[21] – obwohl die Konflikte in Palästina anhielten und es entsprechend auch Anlässe gegeben hätte, darüber zu berichten (Hyamson 1976; Krämer 2003). Aber von einer Korrektur kann keine Rede sein: Die gleichen Verurteilungen des Zionismus finden sich in Otto Hellers Buch *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus* (1931) und in der Erklärung *Kommunismus und Judenfrage* des ZK der KPD. Das ZK erklärte 1932:

> „Die Kommunisten bekämpfen den Zionismus genauso [sic] wie den deutschen Faschismus, denn auch er will den Proletarier vom Proletarier trennen und sie, sich auf besondere Berufung oder auf besondere geheimnisvolle Gesetze der sozialen Struktur der Juden berufend, in einer Volksgemeinschaft [sic[22]] mit den jüdischen Ausbeutern zu Instrumenten des britischen, des amerikanischen, des französischen und auch des deutschen Imperialismus, zu Instrumenten im Kampf gegen die koloniale Befreiungsbewegung der Araber machen.“ (ZK der KPD 1932: 284-285; Kloke 1990: 27, Fußnote 98)

Es fehlte in der Weimarer Republik an Anlässen, den „Zionismus genauso wie den deutschen Faschismus“ zu bekämpfen, denn eine der Nazibewegung vergleichbar große und militante zionistische Gruppierung hat es im Deutschen Reich nicht gegeben. Auch spielten „antizionistische“ Äußerungen in der Weimarer Republik quantitativ noch nicht die gleiche Rolle wie in den Schauprozessen der End-1940er- und 1950er-Jahre oder in der antiimperialistischen Linken ab den 1970er-Jahren.

Qualitativ war die Ausprägung des Antiimperialismus zum „Antizionismus“ schon bedeutsam: Immer wieder wurde die fetischisierte Vorstellung, die „deutsche Arbeiterklasse“ besitze die Fähigkeit, Werte zu schaffen, die ihr vom Kapital geraubt würden, nationalistisch und fremdenfeindlich aufgeladen, so dass „das Kapital“ als eine fremde, „antinationale“ Macht konstruiert

---

[20] Der Begriff „arabische Eingeborenen“ macht deutlich, dass der Blick der KPD auf die Menschen in den „antikolonialen Befreiungskämpfen“ auch von rassistischen Bildern geprägt war. Mit dem Ausdruck sollte sicherlich zum einen betont werden, dass Palästina den Araberinnen und Arabern, den „Eingeborenen“ – und nicht den zionistischen Jüdinnen und Juden, den ‚Fremden’ – gehören würde. Aber zum anderen zeigt der Begriff, dass die Araberinnen und Araber nicht als den Deutschen ebenbürtig und zivilisiert und kultiviert angesehen wurden. Von „deutschen Eingeborenen“ schrieb die *Rote Fahne* jedenfalls nicht.

[21] „Hungerstreik aller Gefangenen in Palästina / Alle politischen Gefangenen im Hungerstreik“ (RF 92, 18. April 1930); „Araber-Generalstreik in Jerusalem“ (RF 139, 18. Juni 1930).

[22] Zum Begriff der „Volksgemeinschaft“ vgl. „’Volksgemeinschaft ist Verrat am Volke’ / Zwei Jugendführer des Jungdo treten zum KJBD. über“, RF 138, 17. Juni 1930; „Keine Volksgemeinschaft zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten! / Hitlers Verdummungsphrasen zur Unterstützung der Young-Ausplünderung“, RF 171, 25. Juli 1930.

wurde. Mit dem Antiimperialismus und insbesondere mit dem „Antizionismus“ wurde jedoch nicht nur eine Arbeiterklasse nationalisiert, sondern es wurden umgekehrt „nationale Bewegungen“ und so genannte nationale Entitäten ‚klassifiziert’, als ganzes einer Position im weltweiten „Klassenkampf“ zugeordnet: „die Araber“ als „Arbeiter“, als produktive, „wirkliche Nation“ auf der einen Seite – „die Juden“ als „Kapitalismus“ und „Imperialismus“, „parasitäre“ Wesen, also keine „wirkliche Nation“, auf der anderen Seite. In ihrem eigenen Vokabular war das Ausblenden gesellschaftlicher Widersprüche innerhalb von „Nationen“ „volksgemeinschaftlich“, und im „antizionistischen“ Antiimperialismus wurde der Abschied von der Kritik von innergesellschaftlichen Konflikten und Klassen unumkehrbar. So wurde gerade der „Internationalismus“ der KPD nationalistisch und antisemitisch.[23]

Um zum Anfang zurückzukommen: Der „Antizionismus“ von links ist keine Folge des Sechs-Tage-Kriegs. Er ist also auch keine Folge dessen, was der israelische Staat oder einzelne seiner Institutionen oder Vertreter und Vertreterinnen getan oder unterlassen haben. Vielmehr waren die später verwendeten „antizionistischen“ Argumentationsmuster bereits vor 1933 angelegt: Wenn der Staat Israel nach 1945 als unwirklich bezeichnet wurde bzw. nur in Anführungszeichen genannt wurde, dann finden sich Vorformen davon bereits Ende der 1920er-Jahre. Wenn Zionismus mit Imperialismus identifiziert wird, dann agitierten Linke in zumindest auf der Erscheinungsebene gleichen Denkformen, in denen bereits in den 1920er-Jahren gegen den Zionismus gehetzt wurde. Und wenn schließlich nach 1945 die Politik Israels mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wird, dann speist sich das zwar auch durch Motive des „sekundären Antisemitismus“. Aber diese Gleichsetzung konnte sich bereits in den 1920er-Jahren viel einfacher und direkter aus der Identifikation von „Juden“ mit Ausbeutung, verschwörerischer Übermacht, Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus ergeben – 20 Jahre vor der Staatsgründung Israels und mehr als 10 Jahre vor der Shoah.[24]

---

[23] Dafür dass die kommunistische Linke nach 1933 nicht von ihrem „Antizionismus“ abgerückt ist, ist außer den von Birgit Schmidt analysierten Romanen der „Volksfront“-Literatur auch die von Abraham Léon in den 1940er-Jahren verfasste Schrift *La conception matérialiste de la question juive* ein Hinweis. Léon, der in seiner Jugend einer zionistischen Organisation angeschlossen hatte, kehrte allerdings in der Argumentation wieder zu einer an Kautsky erinnernden Position zurück. Das heißt, anstatt den Zionismus einfach als „imperialistisch“ abzuurteilen, versuchte er ihn zu erklären. Das Kapitel zu Zionismus fängt so an: „Der Zionismus ist geboren im Widerschein zweier Ereignisse, die Ende des 19. Jahrhunderts die zunehmende Verschärfung des jüdischen Problems widerspiegelten: die russischen Pogrome des Jahres 1882 und die Dreyfus-Affäre.“ (Léon 1995: 178) Seine trotzkistische Position, die auf eine weltweite Abschaffung des Kapitalismus hoffte, war nicht so nationalistisch wie der Antiimperialismus der KPD. „Der Zionismus aber will die jüdische Frage lösen, ohne den Kapitalismus, die Hauptquelle der jüdischen Leiden, zu zerstören.“ (Léon 1995: 183).
Léons Schicksal ist ebenfalls ein Beispiel für den tragischen Irrtum vieler jüdischer Kommunistinnen und Kommunisten. Er wurde am 9. Oktober 1944 in Auschwitz-Birkenau ermordet.

[24] Für Anregungen und Kritik danke ich der Jochen Bruhn, Gruppe Casablanca, Rosa Fava, Alex Feuerherdt, der Hamburger Studienbibliothek, der Iniative Sozialistisches Forum, Günther Jacob, Juliane Lachenmayer, Regina Mühlhäuser, Birgit Schmidt, Susanne Wein und Änneke Winckel.

Literatur

Alexander Abusch (1981): Der Deckname. Memoiren, Berlin: Dietz.

Jean Améry: Der ehrbare Antisemitismus (1969), in: Hermann L. Gremliza (2001, Hg.): Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung, Hamburg: Konkret, S. 7-12.

Knud Andresen (2003): Antijüdische Aktionen der Neuen Linken 1969/70 und jüdische Reaktionen. Anmerkungen zu einem belasteten Verhältnis, in: Rainer Hering/Rainer Nicolaysen (Hg.): Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky, Wiesbaden: Westdeutscher, S. 464-483.

Wolfgang Benz (2001): Bilder vom Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus, München: C. H. Beck.

Lothar Berthold (1956): Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930. Die Grundlage der Politik der KPD zur Herstellung der Aktionseinheit und zur Gewinnung der Volksmassen für die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation, Berlin: Dietz.

Micha Brumlik/Doron Kiesel/Linda Reisch (1991, Hg.): Der Antisemitismus und die Linke, Frankfurt am Main: Haag und Herrchen.

Nikolaj I. Bucharin/Jewgenij A. Preobraschenskij (1985): Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) (1920), Zürich: Manesse.

Dokumente (1997): Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922-1948), Offenbach: Olga Benario/Herbert Baum.

Iring Fetscher (1974): Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg: Hoffmann und Campe.

Alexander Flores (1980): Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten. Kommunistische Partei und arabische Nationalbewegung in Palästina 1919-1948, Münster.

Morten Friese (2003): „Kauf nicht beim Juden“ auf antiimperialistisch, Hamburg: Vortragsmitschnitt des Freien Sender Kombinats (FSK), unter http://freieradios.nadir.org/reihen/antisem.php, zuletzt Dezember 2003.

Alex Gruber (2004): Antiemanzipatorisches Ressentiment. Der Antizionismus als Kampf gegen die „künstliche Zivilisation“, in: Context XXI 6-7, S. 21-25.

Thomas Haury (2002): Antisemitismus von links. Nationalismus, kommunistische Ideologie und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg: Hamburger Edition.

Ludger Heid (2002): Oskar Cohn. Ein Sozialist und Zionist im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main/New York: Campus.

Otto Heller (1932): Kommunismus und Judenfrage, in: Klärung. 12 Autoren Politiker über die Judenfrage, Berlin: Wilhelm Kolk, S. 79-96.

Otto Heller (1933): Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus, Berlin/Wien, zweite Auflage.

Theodor Herzl (1976): Vision und Politik. Die Tagebücher Theodor Herzls, hg. von Gisela Brude-Firnau, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Klaus Holz (2001): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg: Hamburger Edition.

Klaus Holz/Elfriede Müller/Enzo Traverso (2002): Schuld und Erinnerung. Die Shoah, der Nahostkonflikt und die Linke, in: Jungle World 47 (2002).

Amīn al-Husainī (2001): Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amīn al-Husainīs aus dem Exil, 1940-1945, hg. von Gerhard Höpp, Berlin: Klaus Schwarz.

Albert M. Hyamson (1976): Palestine under the Mandate, 1920-1948, Westport/Connecticut: Greenwood.

Initiative Sozialistisches Forum (ISF) (1990): Das Ende ds Sozialismus, die Zukunft der Revolution. Analysen und Polemiken, Freiburg im Breisgau: ca ira.

Initiative Sozialistisches Forum (ISF) (2002): Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und linksdeutsche Ideologie, Freiburg im Breisgau: ca ira, zweite erweiterte Auflage.

Günther Jacob (1994): Rechte Leute von links, in: Konkret 5 (1994).

Vladimir Jankélévitch (2003): Verzeihen?, in: ders.: Das Verzeihen. Essays zur Moral und zur Kulturphilosophie, übersetzt von Claudia Brede-Konersmann, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 243-282.

Karl Kautsky (1914): Rasse und Judentum, Ergänzungshefte der Neuen Zeit 20, 1914/1915, Berlin/Stuttgart.

Mario Keßler (1993): Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz: Decaton.

Michael Kiefer (2002): Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer des Feindbildes, Düsseldorf: Verein zur Förderung gleichberechtigter Kommunikation e. V.

Olaf Kistenmacher (2006): Von „Judas“ zum „Judenkapital“. Antisemitische Denkformen in der KPD der Weimarer Republik, 1918-1933, in: Matthias Brosch/Michael Elm/Norman Geißler/Brigitta Elisa Simbürger/Oliver von Wrochem (Hg.): Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung, Berlin: Metropol, im Erscheinen.

Martin Kloke (1990): Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt am Main: Haag + Herchen.

Beate Kosmala (2000, Hg.): Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül, Berlin: Metropol.

Gudrun Krämer (2003): Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israels (2002), München: C. H. Beck.

Wolfgang Kraushaar (2005): Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg:Hamburger Edition.

Matthias Küntzel (2003): Djihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg: ça ira.

Wladimir Iljitsch Lenin (1970): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916), Frankfurt am Main: Marxistische Blätter.

Wladimir Iljitsch Lenin (1914): Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: ders.: Werke 20 (Dezember 1913-August 1914), Berlin: Dietz 1968, S. 395-461.

Abraham Léon (1995): Die jüdische Frage. Eine marxistische Darstellung, Essen: Arbeiterpresse.

Arno Lustiger (2002): Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden, Berlin: Aufbau, zweite Auflage.

Rosa Luxemburg (1908): Nationalitätenfrage und Autonomie, in: dies.: Internationalismus und Klassenkampf, hg. von Jürgen Hentze, Neuwied/Berlin 1971, S. 220-278.

Lothar Mertens (1995): Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus, in: Wolfgang Benz (Hg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München: dtv, S. 89-100.

Norbert Podewin (2001): Der Rabbinersohn im Politbüro: Albert Norden – Stationen eines ungewöhnlichen Lebens, Berin, Edition Ost.

Léon Poliakov (1992): Vom Antizionismus zum Antisemitismus (De l’antisionisme à l’antisémitisme, 1969), übersetzt von Franziska Sick, Elfriede Müller und Michael T. Koltan, Freiburg: ça ira.

Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznaider (2004, Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Margit Reiter (2001): Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah, Innsbruck/Wien/München: Studien.

Lars Rensmann (1998): Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin/Hamburg: Argument.

Arthur Rosenberg (1991): Geschichte der Weimarer Republik, hg. von Kurt Kersten, Hamburg: Europäische Verlags-Anstalt.

Gerhard Scheit (2004): Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt, Freiburg: ça ira.

Tom Segev (2005): Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, Berlin: Siedler.

Edmund Silberner (1983): Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Christina Späti (2005): Die schweizerische Linke und Israel. Israelbegeisterung, Antizionismus und Antisemitismus zwischen 1967 und 1991, Essen: Klartext.

Josef Wissarowitsch Stalin (1913): Marxismus und Nationale Frage, in: ders.: Werke, Band 2 (1907-1913), Dortmund: Roter Morgen, S. 266-333.

Ingrid Strobl (1994): Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken, in: dies.: Das Feld des Vergessens. Jüdischer Widerstand und deutsche „Vergangenheitsbewältigung“, Berlin/Amsterdam: ID-Archiv.

Enzo Traverso (1995): Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943), übersetzt von Astrid St. Germain, Mainz: Decaton.

Ernst Vogt (1976): Israel-Kritik von links. Dokumentation einer Entwicklung, Wuppertal: Peter Hammer.

Shulamit Volkov (2000): Antisemitismus und Anti-Zionismus: Unterschiede und Parallelen, in: dies.: Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, München: Beck, zweite Auflage.

Robert Weinberg (2003): Birobidshan. Stalins vergessenes Zion. Illustrierte Geschichte 1928-1996, übersetzt von Andrea Marenzeller, Frankfurt am Main: Neue Kritik.

Volker Weiß (2005): Die antizionistische Rezeption des Nahostkonflikts in der militanten Linken der BRD, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII (2005). Antisemitismus Antizionismus Israelkritik, S. 214-238.

ZK der KPD (1932): Kommunismus und Judenfrage, in: Der Jud' ist Schuld...? Diskussionsbuch über die Judenfrage, Basel/Berlin/Leipzig/Wien, S. 272-286.

Moshe Zuckermann (2003): Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß, Hamburg: Konkret.